

# Antrag Nr. 19-F-21-0057

## SPD + CDU + Grüne

---

### Betreff:

Evaluation Mutterschutzgesetz  
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2019 -

### Antragstext:

Seit dem 1. Januar 2018 ist das neue Mutterschutzgesetz in Kraft. Zur Evaluation hatte die Gewerkschaft ver.di eine Online-Umfrage bis zum 15. Juli 2019 durchgeführt. Aufgefordert zur Teilnahme waren u.a. Betriebs- und Personalräte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wurden im Hinblick auf das Personal der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits Erhebungen zur Evaluation des neuen Mutterschutzgesetzes durchgeführt und falls ja, mit welchem Ergebnis?

2. Welche Auswirkungen hatte das neue Mutterschutzgesetz seit Inkrafttreten auf die bei der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihren Gesellschaften beschäftigten Frauen, insbesondere im Hinblick auf:

- Schutzfristen gemäß § 3,
- Verbot der Mehrarbeit und Einhaltung der Ruhezeiten gemäß § 4,
- Verbot der Nacharbeit gemäß § 5,
- Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit gemäß § 6,
- Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen gemäß § 7,
- Beschränkung von Heimarbeit gemäß § 8,
- Gefährdungsbeurteilungen gemäß § 10,
- Schutzmaßnahmen gemäß §13,
- Gesprächsangebote gemäß § 14?

Wiesbaden, 26.11.2019

Anita Hebenstreit  
Fachsprecherin  
(SPD)

Juliane Maltner  
Fraktionsreferentin

Bernd Wittkowski  
Fraktionsvorsitzender  
(CDU)

Caroline Bosbach  
Fraktionsreferentin

Gabriela Schuchalter-Eicke  
Frauenpolitische Sprecherin  
(Bündnis 90/Die Grünen)

Julia Beltz  
Fraktionsreferentin

Antrag Nr. 19-F-21-0057  
SPD + CDU + Grüne

---